

Medienkonferenz vom 21. März 2014

Mehr Erstabschlüsse für Erwachsene – Berufsbildung neu überdenken

Nachholbildung für Erwachsene: aktivieren wir dieses Potential zum Vorteil aller!

Seit mehreren Jahren weist Travail.Suisse darauf hin, dass viele Erwachsene ohne Berufsbildung im Alter zwischen 25 und 40 Jahren eine Ausbildung absolvieren könnten, dieses Potential jedoch ungenügend genutzt wird. Seit drei Jahren gibt es mehr Lehrstellen als Lernende. Diese Feststellung, gepaart mit dem Abstimmungsresultat vom 9. Februar, das die Zuwanderung beschränkt, muss auf politischer Ebene zu einem Paradigmenwechsel führen. Es ist möglich, einen Teil der betroffenen Erwachsenen durch eine speziell auf sie ausgerichtete Nachholbildung besser und langfristig in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Es liegt im Interesse der Betroffenen, beruflich und finanziell selbständig zu werden. Es liegt aber auch im Interesse der Wirtschaft, über qualifizierte Fachkräfte zu verfügen, und des Staates, langfristig weniger Sozialleistungen zu entrichten.

Josiane Aubert, Nationalrätin, Vizepräsidentin von Travail.Suisse

In der Schweiz verfügen mehr als 600'000 Personen im Alter von 25 bis 64 Jahren über keine Berufsbildung. Dies entspricht 13 % der Bevölkerung. 463'000 davon arbeiten. Frauen, Migrantinnen und Migranten sind in dieser Gruppe überdurchschnittlich stark vertreten.

Die Berufsbildung für Erwachsene birgt grosses Potential

Aus der von Travail.Suisse 2012 vorgestellten Studie ging hervor, dass mindestens 52'000 Personen über ein grosses Potential verfügen, um eine Berufsausbildung zu absolvieren, sofern günstige Rahmenbedingungen geschaffen werden. Andere Schätzungen gehen sogar von 85'000 bis 93'000 potentiell geeigneten Personen aus. Die Studie aus dem Jahr 2012 hat aufgezeigt, dass die Gesellschaft für jede Person, die einen Berufsabschluss (EFZ, EBA) erwirbt, in den darauf folgenden Jahren zwischen 100'000 und 200'000 Franken an Sozialhilfegeldern und sonstigen ergänzenden Leistungen einsparen kann. Mit einer besseren Ausbildung können sie mehr verdienen und das Arbeitslosigkeitsrisiko dank einer besseren Anpassung und einer grösseren Anpassungsfähigkeit an die Anforderungen des Arbeitsmarktes senken.

Das Berufsbildungsgesetz - ein zaghafter Schritt in die richtige Richtung

Die eidgenössischen Räte geben dem Weiterbildungsgesetz den letzten Schliff. Dieses Rahmengesetz verfolgt keine ehrgeizigen Ziele. Immerhin wird darin die Notwendigkeit der Berufsbildung und erst recht die berufliche Weiterbildung von heute bildungsfernen Bevölkerungsgruppen stärker berücksichtigt. Einerseits ist der 5. Abschnitt dem Erwerb und Erhalt der Grundkompetenzen Lesen, Schreiben, Alltagsmathematik und Anwendung moderner Informations- und Kommunikationstechnologien gewidmet und dient als Grundlage für einen entschiedeneren Kampf gegen den Illittrismus im weiteren Sinn und für Sensibilisierungskampagnen, um den betroffenen Personen einen Ausweg aus ihrem Leiden aufzuzeigen. Er bildet auch den ersten Schritt zur Nachholbildung. Andererseits soll dieses Rahmengesetz zum Abbau gewisser Schranken und zu einer besseren Koordination unter den verschiedenen Institutionen, den zuständigen Departementen sowie den Kantonen und dem Bund beitragen. Wenn die Politikerinnen und Politiker diese Chance ergreifen, wird es möglich sein, die zahlreichen bestehenden, jedoch unkoordinierten Erfahrungen wirksam aufeinander abzustimmen.

Ein Beispiel aus dem Kanton Waadt: Auf FORJAD folgt FORMAD, oder wie Erwachsene dank Bildung den Weg aus der Sozialhilfe finden (aus der MM des Regierungsrats vom Dezember 2013)

Der Regierungsrat hat einem Fünfjahreskredit von 5,5 Millionen für die Umsetzung eines Pilotprojekts für die Eingliederung von 26- bis 40-jährigen Sozialhilfeempfängern mittels Berufsbildung (FORMAD) zugestimmt. 150 Personen werden an diesem Pilotprojekt teilnehmen und nach fünf Jahren wird Bilanz gezogen. Ferner hat der Regierungsrat eine Änderung der Vollzugsverordnung zum Gesetz über Studien- und Berufsbildungsbeiträge verabschiedet. Angesichts der guten Ergebnisse, welche mit dem 2006 ins Leben gerufenen Berufsbildungsprogramm FORJAD für 18- bis 25-jährige Bezüger des Mindesteingliederungseinkommens erzielt wurden, beschloss der Regierungsrat, ein Pilotprojekt zur Ausdehnung des Berufsbildungsprogramms auf 26- bis 40-jährige Personen zu starten. Sie können eine mehrjährige Ausbildung (des Typs EFZ oder EBA) oder eine berufliche Weiterbildung absolvieren oder am Programm zur Validierung von Bildungsleistungen teilnehmen und werden dabei individuell betreut. In der Pilotphase kommen 150 Personen in den Genuss dieses Angebots. Nach Ablauf dieser fünf Jahre wird dessen Wirksamkeit evaluiert. Bereits während der Laufzeit des Projekts werden die Eigenfinanzierungsmöglichkeiten im Falle der Weiterführung des Programms geprüft. Das Gesundheits- und Sozialdepartement, das Wirtschafts- und Sportdepartement sowie das Bildungs-, Jugend- und Kulturdepartement haben den Auftrag abzuklären, ob zu diesem Zweck verstärkt die Ausbildungszulagen der Arbeitslosenversicherung eingesetzt werden können. Seit der Lancierung von FORJAD und bis im September 2012 haben 1727 Jugendliche im Rahmen des Programms eine Ausbildung angefangen, 397 haben sie mit einem Diplom abgeschlossen. Die Erfolgsquote des Programms beträgt insgesamt 66% (Erlangung eines Abschlusses und Fortsetzung der Ausbildung). Angesichts dieses guten Ergebnisses wurde die Wirksamkeit des FORJAD-Programms anerkannt. Nach sechsjähriger Praxiserfahrung ist auch die Situation der 26- bis 40-jährigen Sozialhilfeempfänger ohne abgeschlossene Grundausbildung, welche 56% der erwachsenen Bezüger des Mindesteingliederungseinkommens ausmachen, bekannt. Obwohl ein Teil von Ihnen zurzeit im Rahmen einer Ausnahmegewilligung am FORJAD-Programm teilnimmt (78 Personen in Ausbildung im September 2012 und 139 seit 2006), unterscheiden sich ihre Bedürfnisse in der Regel von jenen der 18- bis 25-Jährigen. Sie benötigen hauptsächlich mehr Unterstützung bei der Wahl der Ausbildung und während des Lernprozesses. Dank FORMAD können diese spezifischen Bedürfnisse berücksichtigt werden, damit diese Personen auf dem Arbeitsmarkt Fuss fassen und ihre finanzielle Unabhängigkeit langfristig wiedererlangen können.